

# Genügend gesundes Wasser – heute und morgen

Wasser ist Leben. Es ist der zentrale Baustein für Mensch und Natur auf unserem Planeten. Wir alle brauchen Wasser, jeden Tag. Denn es ist Lebensmittel Nummer 1, kühlt uns herunter wie eine Klimaanlage und ist die Grundlage für all unsere Nahrungsmittel und jede Form der Landwirtschaft. Zudem ist es ein Verkehrsweg für unsere Güter und Ausgangsstoff in Industrie, Wirtschaft und für vieles andere mehr. Wasser ist unser Erholungsort, Freizeitvergnügen und Sportpark. Wasser ist unsere Heimat, denn Seen und Flüsse prägen die Landschaft in großen Teilen Deutschlands. Ganze Regionen oder Städte wie Erfurt, Emsdetten, Saalfeld, Neckargemünd, Oderberg oder Wuppertal haben ihren Namen vom Fluss erhalten, andere haben Kosenamen wie Spreeathen und Elbflorenz.

Das wird mit der fortschreitenden Klimakrise in Zukunft nicht mehr selbstverständlich sein. Denn unsere Süßwasserreserven sind begrenzt. Heiße Sommer lassen unsere Seen austrocknen, wie den Fresdorfer See in Brandenburg, der bereits vor wenigen Jahren endgültig verschwunden ist. Vielen weiteren Seen geht das Wasser aus, Stege, von denen früher lachende Kinder ins Wasser gesprungen sind, sind nun von trockener Erde umgeben und Schilf steht im Trockenen. Der sommerliche Ausflug zum See mit Familie und Freunden wird durch die Klimakrise bedroht. Aber auch die Bewässerung von Feldern und Gärten, selbst das Planschbecken im Garten müssen in Dürrezeiten immer wieder gestoppt werden. Wenn wir nicht umsteuern ist mancherorts auch die Trinkwasserversorgung bedroht. An manchen Orten in Europa, beispielsweise in Spanien oder Frankreich, beobachten wir bereits, wie Wasserknappheit zu politischen Konflikten und Artensterben führt.

Häufigere Extremwetterlagen machen das Wassermanagement unkontrollierbar: Während es an manchen Stellen fehlt, führt Starkregen woanders immer häufiger zu Hochwasser - vor allem wenn Regen auf vorher ausgetrocknete Böden trifft. Reißende Bäche und Flüsse überfluten Gärten, Keller und Häuser, schwemmen Autos fort, vertreiben Tausende aus ihren Wohnungen und führen immer wieder zu Todesopfern. Das sind keine Einzelereignisse mehr und sie werden unsere Gesellschaft künftig regelmäßig auf eine harte Probe stellen. Deshalb müssen wir unbedingt besser vorsorgen. Eine aktuelle Untersuchung im Auftrag unserer Fraktion ermittelte, dass fast 400.000 Menschen in Deutschland in Hochwassergefahr leben. Die zunehmenden Hochwassergefahren müssen wir bei der Landschaftsplanung, im Städtebau, in der Landwirtschaft, im Deichbau und beim Auenchutz viel stärker berücksichtigen. Um im Falle eines Hochwassers die Schäden möglichst gering zu halten, brauchen wir starke Deiche, funktionierende Rückhaltesysteme und einen gut ausgestatteten Katastrophenschutz. Zur Vorsorge brauchen wir mehr intakte Natur, mehr Raum für Flüsse und für den Wasserrückhalt und natürliche Überschwemmungsflächen. Denn gesunde Auenwälder und Böden können Wasser speichern, Ernten retten und Leben schützen.

Wasserknappheit in heißen Monaten zeigt uns in einigen Regionen, dass wir Wasser nicht im Überfluss haben. Hierzulande und in ganz Europa ist die Lage vielerorts bereits dramatisch. Wir müssen klug mit diesem wertvollen Gut wirtschaften. Neben den Auswirkungen der Klimakrise sind die Verschmutzung unserer Gewässer und verunreinigtes Grundwasser weitere Bedrohungen unserer wertvollen Wasserressourcen. Gesundes, reines Wasser ist nicht selbstverständlich, wie wir an belastetem Grundwasser und verseuchten Seen und Flüssen sehen können. Wir wollen unser Wasser schützen und für sauberes Wasser sorgen. Als

Lebensgrundlage und Zukunftsversicherung ist es eine zentrale Aufgabe der Daseinsvorsorge, gutes und ausreichend Wasser für uns und unsere Kinder zu sichern. Nicht ohne Grund ist das Recht auf sauberes Trinkwasser seit 2010 als fundamentales Menschenrecht anerkannt und eines der formulierten Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen, das bis 2030 sauberes Trinkwasser und eine Sanitärversorgung für alle Menschen weltweit garantieren soll. In der EU haben die Menschen mit der großen Bürgerinitiative "Right2Water" bewiesen, wie wichtig der Zugang zu sauberem Trinkwasser ist.

Dafür brauchen wir eine Wasserpolitik aus einem Guss. Landschaftswasserhaushalt, Trinkwasseraufbereitung, Industrierisikowirtschaft, Be- und Entwässerungssysteme, Abwasserbehandlung, Hydrologie – sie alle müssen wir zusammen denken und Fachleute enger zusammenarbeiten lassen. Zuständige Behörden in Bund, Ländern und auf kommunaler Ebene müssen künftig an einem Tisch sitzen und den Schutz unseres Wassers als Gemeinschaftsaufgabe in Angriff nehmen.

Deutschland muss sich sowohl an Hitze und Dürren als auch an Starkregen und Hochwasser besser anpassen. Denn diese Extreme drohen als Folge der Klimakrise zu einer neuen Normalität zu werden. Die Verschmutzung mit Schadstoffen und der gestiegene Nutzungsdruck auf unsere Grundwasservorräte erhöhen den Handlungsdruck zusätzlich. Deshalb hat die Bundesregierung unter Leitung von Bundesumweltministerin Steffi Lemke eine Nationale Wasserstrategie im Rahmen eines breiten Stakeholderprozesses mit allen Nutzergruppen erarbeitet und 2023 verabschiedet. Vision der Nationalen Wasserstrategie ist es, einen vorsorgenden Schutz unseres Wassers in allen Handlungsfeldern zu verankern und gemeinsam mit den Nutzergruppen, Bund und Ländern ambitioniert umzusetzen. Es ist eine Strategie für sämtliche wesentlichen Fragestellungen und Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte. Sie ist ein Masterplan zum Schutz und Umgang mit unserem Wasser - mutig, aber notwendig. Die Wasserstrategie formuliert Zielstellungen und leitet daraus 78 sehr konkrete Maßnahmen ab. Jetzt sind Bund, Länder und Kommunen an der Reihe. Sie müssen gemeinsam diese Maßnahmen mit Leben füllen. Eine große Herausforderung, wenn man sich die geteilten Zuständigkeiten und das gewohnte Neben- statt Miteinander aller Wassernutzerinnen und -nutzer vor Augen führt. Gern wollen wir diese Prozesse weiter unterstützen und befördern.

## **1. Boden schützen, Wasser speichern**

Wir wollen, dass unsere Böden Wasser wieder gut speichern können. Denn gesunde Böden kühlen Städte herunter, speichern Wasser und schützen Menschen vor Hochwasser. Jahrzehntlang wurde unser Boden asphaltiert, betonierte und gepflastert. Das Ergebnis: Der Boden kann kein Wasser aufnehmen und es landet in der Kanalisation. Nach wie vor werden viele landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Flächen entwässert und unserer Landschaftswasserhaushalt aus dem Gleichgewicht gebracht. In Dürreperioden fehlt das Wasser, bei Starkregen fließt das Wasser nutzlos ab.

Außerdem brauchen wir Böden, die Wasser speichern - sogenannte Schwammlandschaften und Schwammstädte. Dann kann dieses Wasser in Hitze- und Dürreperioden die Luft für uns Menschen abkühlen und Bäume versorgen. Wir wollen mehr Wasser in der Landschaft halten. Dazu kann es u.a. hilfreich sein, zu Zeiten eines hohen Wasserangebots Wasser über Versickerungsbrunnen ins Grundwasser zu überführen. Wir wollen unsere Böden und Landschaften stärken. Dafür entwerfen wir aufeinander abgestimmte Strategien, den gesetzlichen Rahmen und Förderprogramme: die Moorschutzstrategie, die Biodiversitätsstrategie, das Klimaanpassungsgesetz, die Klimaanpassungsstrategie mit

messbaren Zielen und die vielfältigen Fördermöglichkeiten des Aktionsprogramms Natürlicher Klimaschutz zielen auf die natürliche Wasserspeicherfähigkeit ab. So schützen wir Menschen vor der zunehmenden Hitze der nächsten Jahrzehnte, vor allem alte Menschen, Kranke und Kinder. Das ist gleichzeitig Vorsorge für unsere Wasserversorgung und angewandter Klimaschutz, Klimaanpassung, Gesundheits-, Ressourcen- und Naturschutz. Darüber hinaus sorgen die natürlichen Speicher als Filter für sauberes, gesundes Wasser.

Mit Hilfe von Bundesmitteln können vor Ort Maßnahmen geplant und umgesetzt werden. Die Wiederherstellung und schonende Bewirtschaftung von Mooren und Auen, die Entwicklung von Schwammstädten, die Wasser aufsaugen und abgeben können, der Umbau von Wäldern stehen im Zentrum grüner Umweltpolitik. Als Haushaltsgesetzgeber sorgen wir dafür, dass die bis 2028 geplanten Mittel in Höhe von 3,5 Milliarden Euro für das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz sicher zur Verfügung stehen. Wir wollen weiter bei Kommunen, Ländern, Land- und Forstwirten sowie Verbänden für die Nutzung dieser attraktiven Angebote werben.

Am Beispiel der Schwarzen Elster in Südbrandenburg sehen wir, wie dringend Investitionen aus dem Aktionsprogramm vor Ort gebraucht werden. Dieser kanalisierte Fluss fällt im Sommer öfter abschnittsweise trocken und droht in Hochwasserzeiten trotz vieler Deiche mit der Überflutung ganzer Landstriche. Kommunen vor Ort, Verbände und wir unterstützen die Idee, diesen Kanal wieder zu einem natürlichen Fluss rückzubauen und vielfältige Auenlandschaften zu sichern. Auch für solche Fälle ist das Aktionsprogramm da und kann helfen.

Ökologie und Wasserstraßenmanagement müssen zusammen gedacht und verwaltet werden. Viele Flüsse in Deutschland sind als Wasserstraßen in der federführenden Zuständigkeit des Verkehrsministeriums. Doch die Bedürfnisse von Schiffsverkehr sowie Umwelt- und Naturschutz sind häufig konträr: gerade Begradigungen von Flüssen und künstliche Flussvertiefungen, die Schiffsverkehr mit größerem Tiefgang ermöglichen, ziehen teilweise irreversible ökologische Folgen nach sich. In der Elbe beobachten wir nach der letzten Vertiefung beispielsweise eine starke Verschlickung, die ein dauerhaftes Freibaggern der Fahrrinne nötig macht. In der Folge kommt es zu Sauerstoffmangel mit eklatantem Artensterben, zu höheren Fließgeschwindigkeiten des Flusses und zu stärkerer Versalzung des Flusses bis weit ins Landesinnere hinein. Trotz all dieser ökologischen Probleme sind weitere Flussvertiefungen, z.B. an der Weser, in Planung oder werden diskutiert. Wir setzen uns dafür ein, dass das Umweltrecht hier einen stärkeren Stellenwert bekommt und auch in den laufenden Planungen stärker Berücksichtigung findet. Bundeswasserstraßen müssen auch als lebendige Ökosysteme anerkannt werden, auch der Naturschutz braucht hier eine gleichberechtigte Zuständigkeit. Denn nur gesunde Flüsse können in Deutschland langfristig auch Verkehrsstraßen sein und bleiben.

## **2. Trinkwasser für Menschen hat immer Vorrang**

Wir wollen heute und in Zukunft Trinkwasser jederzeit garantieren. Zunehmende Dürren und extreme Hitze setzen unseren Wasserhaushalt aber unter Druck. Deshalb werden in Zukunft Situationen auftreten, in denen wir entscheiden müssen, wofür wir Wasser am dringendsten benötigen und wer es nutzen darf. Dafür brauchen wir klare Kriterien und Prioritäten. Auch im Fall von regionaler Wasserknappheit muss der Vorrang von Trinkwasser immer gewährleistet sein. Bei der Erarbeitung bundesweit gültiger Leitlinien zur Wasserentnahme in Dürrezeiten wollen wir uns einbringen und den Vorrang der Trinkwasserversorgung

gesetzlich stärken. Vor diesem Hintergrund haben wir durch eine Anpassung des Wasserrechts Städte und Kommunen bereits verpflichtet, Trinkwasserbrunnen und Wasserspender auf Dorfplätzen und zentralen öffentlichen Orten zu errichten. So haben alle Menschen bei Hitze Zugang zu Trinkwasser.

### **3. Wasser für Unternehmen fair bepreisen**

In den vergangenen Jahrzehnten sind vor allem Großnutzer, wie Unternehmen der Braunkohleförderung oder der Agroindustrie mit Wasser umgegangen, als hätten wir es im Überfluss. Für sie war die kostenlose Wasserentnahme selbstverständlich. Das ist eine der Ursachen für die gesunkenen Pegel im Grundwasser. Für viele galt das Prinzip: Profite mit dem Allgemeingut Wasser machen, die hohen Kosten für Verschmutzung und Schäden von der Gesellschaft zahlen lassen. Das muss ein Ende haben. In Bayern, Hessen und Thüringen gibt es bis heute kein Wasserentgelt. Sparmaßnahmen lohnten sich deshalb für Unternehmen nicht. Wir wollen diese Anreize schaffen, denn jede Nutzung verursacht Kosten für Menschen, Umwelt und Gesundheit.

Dafür braucht es: Ein genaues Monitoring sämtlicher Wasserentnahmen und -verbräuche mit öffentlich zugänglichen Daten. Dafür sind die jeweiligen Wasserbehörden angemessen auszustatten und zu vernetzen. Anschließend müssen wir Wasser mit einem fairen Preis versehen. Dabei darf das Wasser für Haushalte nicht teurer werden.

Ein fairer Preis für Wasser ist eine Frage der Gerechtigkeit und dazu geeignet, die künftige Wassernutzung mit zu lenken. Bereits bestehende Wasserentgelte sind in den Bundesländern sehr unterschiedlich ausgestaltet. Wir wollen sie harmonisieren, denn diese Kosten dürfen nicht Teil eines Standortwettbewerbes zwischen Regionen sein. Unser Ziel ist daher eine bundesweit gültige Regelung. Symbolische Entgelte reichen nicht. Denn die Wasserentgelte sollen Unternehmen zum Sparen anregen, das heißt sie sollen die Wassernutzung lenken können.

Die Einnahmen aus dem Wasserentgelt wollen wir im Sinnes des Allgemeinwohls dazu verwenden, unsere Gewässern zu stärken, zu reinigen und zu erhalten. Beispielsweise sollen - wo möglich - Altarme von Flüssen wieder angeschlossen, Steinschüttungen und Buhnen beseitigt und Auen wiederhergestellt werden. Mit der europäischen Wasserrahmenrichtlinie haben wir einen wichtigen Rahmen für den Schutz und den Umgang mit unseren Gewässern.

### **4. Das Verursacherprinzip - wer Wasser verschmutzt, muss es reinigen.**

Für uns gilt das Verursacherprinzip. Wasser ist ein hohes Gut, das der ganzen Gesellschaft gehört. Verschmutztes Wasser zu reinigen, kostet viel Energie und Geld, das derzeit die Haushalte per Abwassergebühren bezahlen müssen. Wir setzen uns deshalb für einen vorsorgenden Gewässerschutz ein, der diejenigen in die Pflicht nimmt, die für die Verschmutzung von Seen, Flüssen oder Grundwasser verantwortlich sind. Wer Wasser verschmutzt, muss den Schaden begleichen. Viele Konzerne verdienen sehr gut mit Prozessen, die den Wasserhaushalt massiv durcheinanderbringen. Sie leiten Stoffe ins Wasser, die aufwändig wieder herausgefiltert werden müssen. Für die Reparatur der Schäden an Natur

und der Wasserversorgungssicherheit müssen diese Konzerne zahlen. Mit uns dürfen nicht die Bürgerinnen und Bürger auf diesen Kosten sitzen bleiben.

Hersteller von wassergefährdenden Stoffen müssen während des gesamten Produktlebens Verantwortung für ihre Stoffe übernehmen. Dafür wollen wir die sogenannte erweiterte Herstellerverantwortung für Arzneimittel und Kosmetika umsetzen. Damit sorgen wir für eine faire Kostenverteilung bei zusätzlichen Reinigungsleistungen an Kläranlagen, damit die Kosten nicht am privaten Verbraucher hängenbleiben. Die europäische Kommunalabwasserrichtlinie schafft hierfür die rechtliche Grundlage.

Leider ist das Verursacherprinzip - auch wenn es wie eine Selbstverständlichkeit klingt - nicht überall in Kraft. Das führt zu milliardenschweren Kosten für die Menschen in Deutschland: Für die Wiederherstellung des Wasserhaushaltes in der Lausitz wollen wir deshalb, dass die Lausitzer Energie Bergbau AG – der Bergbaubetrieb – Verantwortung übernimmt. Hier wurden jahrzehntelang Grundwasser abgepumpt, Grundwasserleiter zerstört und Flüsse umgeleitet.

Auch europäisch und international muss das Verursacherprinzip gelten. So müssen sich beispielsweise die Verursacher der schlechten Wasserqualität in der Oder, die im letzten Jahr zu einem katastrophalen Fisch- und Muschelsterben geführt haben, endlich an der Wiederherstellung des Flusses beteiligen.

## **5. Wald schützen**

Die Waldzustandsberichte der letzten Jahre zeigen deutlich: Dem deutschen Wald geht es schlecht. Seit vielen Jahren wird dies durch die Klimakrise, Dürre und Hitze befeuert. Selbst nachdem die letzten Monate überdurchschnittlich viel Regen gebracht haben, sind vielerorts die etwas tieferen Bodenschichten, die für die Wasserversorgung von größeren Bäumen entscheidend sind, immer noch viel zu trocken – insbesondere in weiten Teilen Brandenburgs und Sachsens. Konkret helfen auch hier Projekte aus dem Programm Natürlicher Klimaschutz zur Wiedervernässung von Moorböden und Wiederherstellung naturnaher Wälder.

Um den Problemen flächendeckend zu begegnen, haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart, dass wir hier gegensteuern und veraltete Waldgesetz novellieren. Ziel ist es unter anderem, einen klimaresilienten Wald mit einem funktionierenden Wasserhaushalt wiederherzustellen. Denn Wald ist mehr als eine Holzplantage, er ist unser natürlicher Schutzschild gegen die Klimakrise. Wälder bringen uns Ruhe, Erholung und halten uns gesund. Der Wald ist Heimat, Naturfläche und Rückzugsort. Wir müssen ihn besser schützen und brauchen naturnahe und ökosystemorientierte Bewirtschaftung, die die einzigartigen Fähigkeiten des Waldes erhält. Wald kann in Deutschland nur überleben, wenn wir wegkommen von Monokulturen mit ihrer hohen Anfälligkeit für Schädlingsbefall, Dürre und geringer Biodiversität. Wir wollen Eigentümer dabei unterstützen, wieder naturnahe Wälder aufzubauen, wie die Menschen sie von früher kannten, mit standortheimischen Baumarten und unterschiedlich alten Bäumen.

## **6. Landwirtschaft zukunftsfähig aufstellen**

In Zeiten der Klimakrise ist auch unsere Landwirtschaft stark vom extremer werdenden Wetter beeinflusst. Im Erntebericht des Deutschen Bauernverbandes wird unter anderem die Auswirkung zunehmend heißerer Sommer und nasserer Winter benannt. Unsere

Landwirtschaft braucht Instrumente und Fördermittel, um sich angesichts unsicherer Wasserversorgung zukunftsfest aufzustellen und das Wasser besser zurückzuhalten.

Eine artenreiche, ökologische Landwirtschaft baut Humus im Boden auf und erhöht somit ihre Wasserspeicher- beziehungsweise Wasseraufnahmefähigkeit. Denn Humus kann das Fünffache seines Gewichts an Wasser speichern. Um mehr Wasser in der Landschaft zu halten, brauchen wir auch mehr Bäume und Hecken, kleinere Schläge und mehr Wiesen. Deswegen fördern wir den ökologischen Landbau und Dauergrünland, führen eine Weideprämie als Ökoregelung ein und schaffen bessere Voraussetzungen für Agroforstsysteme. Landschaftsstrukturelemente wie Agroforstsysteme oder Hecken spenden Schatten und verringern die Verdunstung auf den Böden. Mit solchen agrarökologischen Ansätzen sichern wir auch die Ernährung in Deutschland. Im Rahmen des Aktionsprogramms Natürlicher Klimaschutz werden auch Investitionen in Maschinen und Geräte zur Bewirtschaftung nasser oder wiedervernässter Moorböden gefördert.

## **7. Vor Hochwasser schützen**

Extreme Niederschläge nehmen zusehends zu. Hochwasser überschwemmt wie im Frühjahr 2024 in Bayern und Niedersachsen Straßen und Häuser und vertreibt tausende Menschen aus ihren Wohnungen. Eine aktuelle Studie im Auftrag unserer Fraktion ermittelte, dass fast 400.000 Menschen in Deutschland in Hochwassergefahr leben. Wir müssen daher für stabile und ausreichend hohe Deiche, wirksamen Wasserrückhalt, großflächige Überschwemmungsgebiete, Auenrenaturierung, intakten Boden und gesunde Natur sorgen. Ein neues Hochwasserschutzgesetz ist dringend notwendig, um den Schutz vor Hochwasser wie auch die Vorsorge rechtlich besser zu verankern. Dies muss noch in diesem Jahr vom Bundeskabinett auf Weg gebracht werden.

Neben diesen zentralen Punkten der nationalen Wasserpolitik sehen wir zugleich unsere internationale Verantwortung für eine nachhaltige Wasserversorgung für alle. Angesichts steigender Wasserknappheit, Wasserverschmutzung und klimabedingter Wasserkatastrophen und damit einhergehenden Krisen und Kämpfen um Wasser müssen wir unsere Anstrengungen verstärken, damit auch die 2,2 Milliarden Menschen weltweit, die bisher davon abgeschnitten sind, einen sicheren Zugang zu sauberem Trinkwasser und einer Sanitärversorgung zu eröffnen. Auch dafür werden wir uns mit aller Kraft einsetzen.

Politik für sauberes und ausreichendes Wasser für alle, Schutz der Menschen und ihres Hab und Guts vor zu viel Wasser einerseits und zu wenig Wasser andererseits - das ist ein Thema, das Europa, Bund, Länder und Kommunen in Zukunft stärker beschäftigen muss. Wir Grüne im Bundestag nehmen die Herausforderungen in den Fokus und bleiben dran mit konkreten, umsetzbaren Programmen und Maßnahmen.